

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden, Raden & Comp., Nr. 1393.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verleger: Raden & Comp., Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Kreisstadt und Dresden-Landstadt.

Abonnementpreise einschließlich Frachtposten monatlich 35,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 105,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 55,00 M., Einzelnummer 2,- M.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Tel. 25261. Schließzeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachts.

Anzeigenpreise: die 8 gespaltene Komparatortabelle 9,00 M., Familienanzeigen 6,50 M., die 3 gespaltene Reklametabelle 35,00 M. Bei mehrmaliger Aufnahme Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an bezeichneten Tagen. Für Briefniederlegung 2 M.

Nr. 162

Dresden, Freitag den 14. Juli 1922

33. Jahrg.

Der sächsische Etat angenommen

Was voranzuführen war, ist eingetreten: die Kommunisten haben gemeinsam mit den sozialdemokratischen Parteien in der Donnerstagtagung den Etat angenommen. So erfreulich dieses Ergebnis an sich ist, so bitter ist der Beigeschmack dieser Entscheidung.

Seit Monaten hat die kommunistische Partei den Bürgerlichen in die Hände gearbeitet, hat durch die erstmalige Ablehnung des Polizei- und Justizetat die Rechtsparteien ermuntert, die Auflösung des Landtages und den Volkssatzung zu fordern. Und nachdem man den darüber größten Widerstand innerhalb der Arbeiterklasse erzeugt und durch eine Art von Anträgen jede positive Arbeit gebindert hat, erklärt man: So war es nicht gemeint, es war ja alles nur ein Bluff!

Wiederum haben sich die sozialistischen Parteien mit den kommunistischen Anträgen beschließen müssen, die stets von der Drohung mit der Ablehnung des Etats für den Fall einer Nichtannahme begleitet waren. Die sozialistischen Parteien haben Sitzungen über Sitzungen abgehalten, um den Kommunisten am Ende zu überlassen, daß ihre Anträge vollständig in Luft zerfallen oder auch überhaupt von der Regierung angenommen seien. Es sei nur an ihre Anwesenheitspflicht erinnert. Das hat die Arbeiten des Landtages gehindert. Unter anderem wurde die Gemeindeförderung verzögert und das Arbeiterkammergesetz in den Hintergrund gedrängt. Was in letzter Stunde kam man mit einem neuen Preisgesetz, Rentnerausweise, Betriebsrätegesetz, Reichs- und Landtagsaufhebung waren die Bedingungen, von deren Erfüllung sie eine Bewilligung des Etats abhängig machten.

Wir hatten dieses Schindluderstreben mit den Interessen des Proletariats gründlich soll bekommen und antworteten der Herren für und bindig, daß wir es ablehnen, andre als von den Arbeiterorganisationen aufgestellte Forderungen zu berücksichtigen und daß wir es uns verbieten, die Einheitsfront in dieser Stunde zu fördern. Und nun erklären die Kommunisten, der ganze Spektakel der langen Wochen war ja nur Bluff und die Schwärze mit dem Endegebiß, daß dem Widerstand Vorparaden geleistet worden sind. Doch nein, das sagt man nicht, man halt vielmehr die bereits zum Teil abgeleitete Umfassung von dem frecher gewordenen Bürgertum und dem mehr denn je bedrohten Proletariat hervor, und erklärt, daß die Lage es jetzt nicht gestatte, eine sozialistische Regierung zu stützen. Mit dem zur Dummheit oder Heuchelei? Gegenwärtige politische Unfähigkeit war unsere das Siganum dieser A. P. D. Kinderstube im Landtag. Und wo sich eine bessere Einsicht durchdringen versuchte, wurde sie von der weitläufigen Berliner Zentrale erstickt. So wurden diese A. P. D. Vertreter aufstuf zu Förderern der proletarischen Interessen direkt zu Schädlingen.

Der Sozialdemokratie wäre nichts angenehmer gewesen als eine Etatsablehnung. Das hätte klare Bahn geschaffen, und wir hätten den Arbeitern, Beamten und Angestellten zeigen können, wo ihre christlichen Freunde, aber auch ihre offenen und versteckten Feinde zu finden sind. Die Ablehnung hat eine andere Situation geschaffen. So viel sei jedoch heute schon betont: die Sozialdemokratie und die gesamte Arbeiterklasse haben es gründlich satt, aus dem Landtag, der positive Arbeit leisten soll, eine Antragsfabrik und Schwandmühle sozialer Kommunisten machen zu lassen. Bemerkenswert ist noch, daß vor der Etatsabstimmung auch die Demokraten und ein Schreiben an unsere Fraktion gerichtet hatten, aus dem man herauslesen konnte, daß den Herren sowohl eine Landtagsauflösung als auch ein Volkssatzung unangenehm sei und daß sie geneigt wären, eine sozialistische Minderheitsregierung zu unterstützen. Die Antwort, die wir den Herren erteilten, dürfte sie wenig befriedigt haben.

Herr Zehfuss erklärte dann auch vor der Etatsabstimmung, daß ihnen an einer politischen und wirtschaftlichen Erschütterung nichts liege, daß sie aber — und nun zeigte sich die echt sächsische Einstellung unserer Demokraten — im Hinblick auf die angelegte, das Bürgertum beunruhigende Polizeiaufstellungslage und die noch bestehende Verbindung der Regierung mit der A. P. D. den Etat ablehnen müssen. Darauf folgte ein Selbstläuferstücken des Kommunisten Zehfuss, der, wie betont, die kommunistische Zustimmung zu dem Etat mit der Rückstuf auf die Kontrevolution begründete. Das schallende Gelächter der Rechten war sicher auch der Ausdruck einer inneren Erleichterung, denn niemand ahndet zur Zeit mehr eine Landtagsauflösung und Neuwahlen als die Rechtenparteien.

Bei der Beratung des Haushaltsplanes holte sich der Abg. Blüher eine erneute gründliche Niederlage. Die Linke hatte beantragt, die Einnahmen des Lasten-Ausgleichs, soweit sie jährlich über 100 Millionen Mark hinausgehen, dem Staate zu überweisen, da an diesen in sozialer und kultureller Hinsicht immer größere Anforderungen gestellt werden. Herr Blüher wollte dagegen das Mehr über 100 Millionen auf die Städte verteilt wissen, und zwar entsprechend dem Steueraufkommen der Städte. Das hätte eine gründliche Begründung selbst der finanziell starken Gemeinden gegenüber den finanzschwachen kleinen Kommunen bedeutet. Der Minister weigerte diesen Überbürgermeister, der für die Staatsnotwendigkeiten so wenig Verständnis hatte, recht gründlich und scharf ab, so daß für die übrigen Redner eigentlich nichts zu tun übrig blieb. Nach einer kurzen Aussprache über die Not der Sozialrentner ging der Landtag in die Ferien.

Den Brief der demokratischen Fraktion und die Antwort unserer Redaktion werden wir morgen im Wortlaut bringen.

Die Antwort der Reparationskommission

Deutschland muß die Zulfate bezahlen

In der Antwortnote heißt es:

Die Reparationskommission ist überzeugt, daß die für Reparationen geleisteten Zahlungen nur eine und nicht die wesentliche Ursache der gegenwärtigen Wertenerwartung darstellen und daß man endgültig einen stabilen Zustand nur durch Verwirklichung der Finanzreformen schaffen kann, wie sie seit langem von der Reparationskommission gefordert werden. Solange der Bericht des Garantiekomitees über die Durchführung der Maßnahmen der Reparationskommission nicht vorgelegt sein wird, kann diese keine Entscheidung treffen. Angesichts der Dringlichkeit dieses Problems glaubt sie aber eine Entscheidung fällen und diese der deutschen Regierung nach vor dem 15. August bekanntgeben zu sollen. Was bis am 15. Juli fälligen Zahlungen betrifft, so erhält die Kriegslastenkommission auf ihr Schreiben vom 11. Juli die Nachricht, daß die Höhe dieser Zahlungen unter Berücksichtigung gewisser Zuschüsse aufgeschriebener Kredite sich auf 32 107 297 Goldmark und 70 Pfennige beläuft. Dieser Rest, von dem die deutsche Regierung erklärt, ihn der Reparationskommission zur Verfügung zu halten, muß am 15. Juli bezahlt werden.

Gen. Taborski, Brno.

Die Reparationskommission stützt sich immer noch auf die falsche Theorie, daß der schlechte Zustand der deutschen Finanzen die Ursache der Wertenerwartung sei.

Richtig ist freilich, daß die Wiedergutmachungszahlungen nicht die einzige Ursache des deutschen Wertverlustes sind. Die Entwertung der deutschen Mark wird vor allem auch dadurch gefördert, daß wir dauernd einen großen Einfuhrüberschuß haben. Aber die schlechte Lage der deutschen Finanzen ist mehr die Folge als die Ursache des Wertverlustes. Es müßte eigentlich auch der Reparationskommission inwiefern klar geworden sein, daß bei einem fortwährenden Sinken des Marktwertes die deutschen Finanzen gar nicht in Ordnung gebracht werden können, weil bei den starken Preissteigerungen, die bei fortgesetzten-

der Marktentwertung unvermeidlich sind, die Ausgaben des Staates sehr schnell steigen, daß die Einnahmen nicht nachkommen können. Aber es ist ja eine alte Erfahrung, daß sich sehr oft die Praxis nicht nach einer richtigen Theorie richtet, sondern die Theorie häufig nach den Bedürfnissen einer verteidigten Praxis angedichtet wird.

Wenn die Reparationskommission wirklich eine Bejämigung der Verlorenen wünscht, die neben den Reparationszahlungen besonders ungünstig auf die deutsche Valuta einwirken, so müßte sie dem deutschen Reich vor allen Dingen den Rat geben, seine Einfuhr an entbehrlichen Dingen nach Möglichkeit zu beschränken. Aber in den Entenklärungen wird eine Beschränkung der deutschen Einfuhr nicht gewünscht, weil man Deutschland als Absatzgebiet haben möchte, und lange Zeit hindurch das deutsche Gebiet unter der Obhut der Entente große Mengen von überflüssigen Tönen aller Art nach Deutschland eingeführt worden.

Die Reparationskommission hat sich nicht einmal dazu entschlossen, Deutschland den vollen Betrag seiner Zulfate zu belassen, damit es versuchen kann, mit Hilfe der für Zahlungen bestimmten Devisen auf den Weltmarkt einzutreten. Die Zulfate sind nur durch Anrechnung von Sachleistungen um circa 17 Millionen Goldmark ermäßigt worden.

Die Antwort der Reparationskommission zeigt, daß sich im Augenblick in dieser Kommission die vernünftige Auffassung über die Wiedergutmachungsfrage, die jetzt allmählich vielfach im Urteil der Öffentlichkeit vertreten wird, noch nicht durchgesetzt hat. Die Entscheidung über das deutsche Schuldengeldwesen werden freilich die Mitglieder der Reparationskommission voraussichtlich nicht nach freiem Ermessen fällen, sondern sie werden gemäß den Anträgen handeln, die ihnen von ihren Regierungen erstickt werden. So wenig befriedigend die jetzige Antwort der Reparationskommission ist, so braucht die Hoffnung doch nicht aufgegeben zu werden, daß aus dem deutschen Schuldengeld auf dem Wege zur Lösung des Reparationsproblems einen Schritt vorwärts bringen wird.

Deutsche Volkspartei und der Rathenau-Mord

Auf unsern Redaktionsstisch ist ein Rundschreiben gekommen, in dem um Ratfragen für die Deutsche Volkspartei gebittet wird. Dieses Schreiben ist verfaßt worden von Dresden, Völkchenstraße 13, 3. Völkchenstraße 13, 3. befindet sich eine Zweiggeschäftsstelle der Deutschen Volkspartei.

Interessant wäre es uns, zu erfahren, was die jüdischen Mitglieder der Deutschen Volkspartei zu der in diesem Schreiben eingeschlagenen antijüdischen Tonart sagen. Wir lassen das Rundschreiben im Wortlaut folgen:

Dresden, Völkchenstraße 13, 3., am 26. 6. 1922.
Die Erschließung Rathenaus ist ein Ereignis von ungeheurer Tragweite. Seine Wirkung auf die Partei- und Wahlkampfe ist in ihren Entwürfen bereits erkennbar. Wie der Kapp-Putsch 1920 und die Ermordung Erzbergers 1921 die schlafwandlungen Sogel der Kampfparteien mächtig geschwächt haben, so kommt es auch diesmal. Über die Wirkung der rassen Seite wird sehr viel stärker sein als in jenen beiden Fällen: denn Rathenau war der ungezügeltste König des internationalen Judentums, der Hauptkämpfer der jüdischen Weltwirtschaft, darum werden die Juden ihre gewaltige Verfeinerung und Weltmacht uneingeschränkt in den Dienst des in diesem Augenblick beginnenden großen Rassenkampfes gegen alle Deutsche, also den internationalen Finanzjudentum, abgeben, stellen.

Es war im vorigen Spätsommer und Frühherbst für die Deutsche Volkspartei in Thüringen vernehmlich idig, und bin dabei wiederholt knapp dem Tode entgangen, da es in jener Zeitigkeit des Erzberger-Kommers in den Versammlungen trotz aller Vorkehrungen fast regelmäßig zur Sprengung und nicht selten zu Tätlichkeiten unter Benutzung von Stuhlbrechern, Bierfässeln, Gummitaschen usw. kam. Eine geheime Versammlung von „roten Funktionären“ aller Sorten in Schweina bei Liebenstein hat sogar (wie mir einer der Teilnehmer, dem ich gefaselt hatte, berichtet) beschlossen, daß ich den Bezirk nicht lebendig verlassen dürfte. Der Versuch ist allerdings nicht ausgeführt worden, da mir einige zufällige Umstände im letzten Augenblicke zu Hilfe kamen. In den kommenden Wochen und Monaten wird ein ungeheurer Rathenau-Rummel durchs Land toben und u. a. folgende Wirkungen haben:

1. Die gesamte Tätigkeit der Deutschnationalen Volkspartei wird teils auf Grund des neuen Antijüdischgesetzes von Amts wegen teils, um das Leben der daran Beteiligten nicht auf ernsthafteste zu gefährden, freiwillig in weitestgehendem Maße eingeschränkt werden. Die Verzögerung der bisher von den beiden Rechtenparteien verteidigten Grundzüge und Interessen, insbesondere die Verteidigung der selbständigen Unternehmertums gegen die sozialistischen Anstöße im wesentlichen der Deutschen Volkspartei obliegen.

2. Die Veranstaltung öffentlicher Versammlungen wird auch für die D. V. P. bis auf weiteres unmöglich sein. Wir müssen also, da wir in den bevorstehenden sechs Wahlkämpfen den Revolutionären das Feld doch nicht überlassen dürfen, in möglichst großem Umfang geheime Versammlungen abhalten, zu denen die Teilnehmer nach sorgfältiger Beschaffung ihrer Anfahrtsmittel durch Rundschreiben eingeladen, und für die besonders Sicherheitsmaßnahmen getroffen werden. Daß dies alles ansehnliche Kosten erfordert, bedarf nicht der näheren Darstellung.

3. Das neue Ausnahmengesetz gibt den Landesregierungen die langverheißene Handhabung zu einem unerhört scharfen Vorgehen der emporgeschrittenen Antijüdischer gegen die „nationalistische“ und „gegenrevolutionäre“ Presse. Der jüdische Jahn Epistler, der den Reichsanwalt schon am 24. mit Anträgen auf Verhaftung der dortigen höchsten Beamten-

wungen bestimmt hat, wird natürlich alle andern rassistischen Mittel weit überlegen. Die Anhebung der vaterländisch gerichteten Presse im Zusammenhang mit der teils amtlichen, teils freiwilligen Unterbindung der Versammlungsfreiheit zwingt uns, eine umfassende Aufklärung des Volkes durch Massenverbreitung allgemein verständlicher, raderer Flugblätter zu betreiben. Das ist bei den heutigen Volkshörern, Papieren, und Zeitungen usw. nur dann möglich, wenn sehr erhebliche Mittel zur Verfügung stehen.

4. Die im vorstehenden als notwendig erwiesene Aus- und Umgestaltung der politischen Arbeit der D. V. P. setzt voraus, daß das Reich ihrer Geschäftsstellen, das ohnehin hinter dem Umfang dieser Einrichtung auf Seiten der sozialistischen Parteien weit zurückgefallen ist, wenigstens so weit nachgeholt wird, daß alle nach Einwohnerzahl und wirtschaftlicher Bedeutung wichtigen Städte mit Geschäftsstellen besetzt werden. Da Herren, die diesem sehr vielseitigen Anforderungen stellenden Amte wirklich gewachsen sind, sowie die notwendigen Hilfskräfte, Hilfsmittel, Räumlichkeiten usw. gegenwärtig nicht billig zu haben sind, handelt es sich auch hier um erhebliche Aufwendungen.

5. Die weißen Menschen, besonders in Deutschland einschließend der „hellen Rassen“, leiden sehr in ihrem politischen Verhalten nicht nur durch soziale Umwälzungen, sondern durch unsere Gesellschaftsbedingungen. Darum wird der gewaltige Tod Rathenaus nicht nur die bereits weit vorgeschrittenen Selbstbestimmung und Ernüchterung der besseren Arbeitervölker zum Stillstand bringen, sondern auch viele der schon längst Verstorbenen nach links treiben. Die „rote Einheitsfront“, deren Herstellung durch die andauernden bolschewistischen Rassenmorde an russischen Führern der S. P. D. und U. S. V. bisher geradezu erleichtert wurde, ist damit wieder „auf nach links“ bereits im Aufbau begriffen.

Der Eintritt der U. S. V. in die Reichsregierung steht nach den Berliner Nachrichten vor der Tür und wird die Befreiung der sächsischen Politik auf die Richtung nach links unter allen Umständen fördern. Die Deutsche Demokratische Partei, die in Sachsen, als es gar nicht mehr anders ging, ihr außerordentliches Herz erwiderte, nimmt im Reich im der Sache für den „Demokraten“ Rathenau willen Anstoß nach links. Durch alles dies wächst die Wahrscheinlichkeit unruhiger Sozialisierungsmaßnahmen, wie die Gefahr der Ausbreitung des Kommunismus und des Wiederentstehens in die Weise der gewaltigen Revolution in bedrohlichem Maße. Somit besteht infolge des Ereignisses in Deutschland nicht nur ein außerordentlich erhöhtes Bedürfnis nach einer Befähigung der Großbetriebe in dem von mir angegebenen Sinne, sondern auch ein bedeutend verstärktes Interesse der Industrie selbst an der durchgreifenden Förderung der politischen Bestrebungen, die dem Wiederaufbau des Vaterlandes christlich dienen.

In geschäftlichen Unternehmungen verfehlt jedermann nach dem Grundgesetz, daß für die erforderlichen Aufwendungen so viel zur Verfügung gestellt werden muß, daß das ansehnliche Ziel erreicht werden kann. Wenn für einen bestimmten Zweck zwei Millionen nötig sind, bedeutet die Aufwendung nur einer Million eine Herabsetzung, weil damit das Ergebnis, auf das es ankommt, eben nicht zu erlangen ist. Zur Durchführung der bevorstehenden sechs Wahlkämpfe mit dem Erfolg, daß eine, wenn auch knappe billige Mehrheit erreicht wird, bedarf der für Betriebe des Dresdener Bezirks naturgemäß in erster Linie in Betracht kommende Wahlkreisverband Ostschlesien der Deutschen Volkspartei eines betragsmäßig von fünf bis sechs Millionen Mark, das heißt, 100 000 Mark oben Geldverweil. Dieser Betrag wird zweifelslos aufgebracht werden, wenn die über die Dringlichkeit und Höhe des Bedürfnisses unterrichteten Herren bei der Bemessung ihrer Leistungen der vorstehenden Darlegungen in möglichst weitgehendem Maße Rechnung tragen, also ihre Beiträge so hoch wie nur irgend möglich bemessen. Demnach folgt mit Recht: Ungeachtet der Verhältnisse verlangen wir einen entsprechenden Betrag.
Gen. Taborski, Brno.

gerger
thopäd
ng 56
Drogerie
ax Horn
h. H. Köppling
r. 45. - Tel. 31 776
Guido Müller
abe 18 und am
ois
rieu, Farb.
Kuhnert
b. Holzsandstr. 5b
ger. z. Oppell-Vorort
nes Köhler
Hr. 33 - Tel. 28 487
ia-Drogerie
dearsch, Drog-
nunsstraße 45
a Dietrich
Drogerie, Leipzig
RODA
ler-Löbnitz
nd Damen-
a. - Keile
e Preise
achf.
kur-, Kurz-,
Strumpfwirk,
unwollw., usw.
nufaktur-, Weiß-,
ill- und Spielw.
Meißner
Hr. 10 c
chhina, Herrenart.
ierausschnitt
hmacherart.
Straße 48 c.
aturwerkstätte
waren, Hüte
Mützen -
Dr. I. Fernsp. 2627
rd
weiße Haut
nstraße 13
nsprecher 659
osen - Tabak
ch
r. Käse
r. Margarine
henbrodaer
bäckerei -
ill- und Fein-
Christstollen
nther
r. Str. 1, Weis-
chbäckerei
inig
nd Konditorei,
abe 18 a
y Beger
ill- und Fein-
Oberort.
aterhof, Ir. 9
Ruf 92 -
Wohnungs-
ver
- Fabr-
ernruf 2268
irma:
nsel Nachf.
khandlung
Tel. 36
n. Fahrstraße
r. Werlstraße
ophon 236
Aßner, Litzke
Gartengasse
Gummiringe
chsteck, Linou-
num, Tapeten
zstraße 19
k
Steinbeck
Photostickel
Leder- und
e Proben
S. 22
nlicher Ball
hems Bad
ilstr. Nr. 10
S. 22
n und Ger-
e, Fleischerei
pfelege Biere
nd Weine
immer, gute
und Getränke
nstr., Schul-
n. Sportklub
Schuhwaren
tarwerkstätte
ationalwaren
ur u. Zigarren
er Straße
atter, Hr. Käse